


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 11.03.2020

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:55 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Aktuelle Stunde	
3.1.	Kommunale Digitale Agenda für Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0563/20
4.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
4.1.	Reduzierung der Sitzungshäufigkeit, Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse Einr.: Oberbürgermeister	0550/20

5.	Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Klare Regelungen für E-Scooter Einr.: Fraktion DIE LINKE	1376/19
5.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1376/19 - Klare Regelungen für E-Scooter -	0094/20
5.1.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1376/19 - Klare Regelungen für E-Scooter	0604/20
5.2.	Gestaltungsbeirat, Benennung der Mitglieder aus dem zuständigen Stadtratsausschuss Einr.: Oberbürgermeister	1857/19
5.3.	Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU- Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe, Lärmaktionsplan und Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	1944/19
5.3.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Schmira zur DS 1944/19 - Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU- Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe, Lärmaktionsplan und Beteiligung der Öffentlichkeit	0114/20
5.3.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Windischholzhausen zur DS 1944/19 - Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe, Lärmaktionsplan und Beteiligung der Öffentlichkeit	0115/20
5.3.3.	Festlegung aus der nichtöff. Sitzung SBUKV vom 18.02.2020 zur DS 0115/20 Änderungsantrag zur DS 1944/19 "Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU- Umgebungslärmrichtlinie..." - Nachfrage	0461/20
5.4.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des Grundstücks Am Silberblick 6 in Erfurt-Rhoda Einr.: Oberbürgermeister	2095/19
5.4.1.	Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 2095/19 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des Grundstücks Am Silberblick 6 in Erfurt-Rhoda	0551/20

5.5.	Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans in Erfurt - Schmira Am Eselsgraben Einr.: Oberbürgermeister	2182/19
5.6.	Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2020 Einr.: Oberbürgermeister	2435/19
5.7.	Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV Einr.: Fraktion SPD	2439/19
5.7.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2439/ 19 - Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV	2576/19
5.7.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2576/19 (Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2439/19 - Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV)	2663/19
5.7.1.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion SPD zur Drucksache 2576/19 Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2439/19 - Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV	2666/19
5.8.	Änderung der Begrünungssatzung Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	2596/19
5.9.	Erfurter Toilettenkonzept- mehr öffentliche Toiletten Einr.: Fraktion CDU	2693/19
5.9.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2693/19 - Erfurter Toilettenkonzept- mehr öffentliche Toiletten -	0097/20
5.10.	Erfurt ist und bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung von rechten Erkennungssymbolen auf den Erfurter Märkten und Festen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2701/19

5.10.1.	Antrag der Fraktion FDP zur Drucksache 2701/19 Erfurt ist und bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung von rechten Erkennungssymbolen auf den Erfurter Märkten und Festen	0066/20
5.10.2.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt und FREIE WÄHLER/PIRATEN zur Drucksache 2701/19 - Erfurt ist und bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung von rechten Erkennungssymbolen ...	0609/20
5.11.	Erhalt Streuobstwiese Greifswalder Straße Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0050/20
5.12.	Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/ PIRATEN, Fraktion FDP	0086/20
5.13.	Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen insbesondere durch Überflutung Einr.: Fraktion AfD	0137/20
5.13.1.	Festlegung aus der nichtöff. Sitzung SBUKV vom 18.02.2020 zur DS 0137/20 "Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen..." - Nachfragen	0462/20
5.14.	Zukünftige Weiterentwicklung des Ortsteiles Schmira Einr.: Ortsteilbürgermeister Schmira	0192/20
5.15.	Machbarkeitsstudie Arndtstraße Einr.: Fraktion CDU, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, Fraktion FDP	0262/20
5.16.	Nachlass Eintrittsentgelte für die BUGA 2021 für Erfurter Bürger Einr.: Fraktion AfD	0266/20
5.16.1.	Festlegung aus der nichtöff. Sitzung BUGA vom 17.02.2020 zur DS 0266/20 "Nachlass Eintrittsentgelte BUGA 2021 für Erfurter Bürger" - Nachfragen	0451/20

5.17.	Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	0327/20
5.18.	Wahl der Stadträtin Corinna Herold zum Mitglied des Seniorenbeirates Einr.: Fraktion AfD	0329/20
5.19.	Vorschlagsliste für die Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit Einr.: Oberbürgermeister	0412/20
5.20.	Verfahrensregeln zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachen Stadtentwicklung, Bauvorhaben und Quartiersentwicklung Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0435/20
5.21.	Bürgerbegehren Kowo Einr.: Oberbürgermeister	0493/20
5.22.	Änderung der Stellvertretungsregelung in den Ausschüssen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0502/20
5.23.	Selbstverpflichtung zum Baumschutz Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0506/20
6.	Informationen	
6.1.	Zeitplan zur Erstellung eines Berichts zur "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Jugendhilfeausschuss	0481/20
6.2.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 7. Sitzung des Stadtrates der Wahlperiode 2019 bis 2024 und begrüßte alle Mitglieder, Beigeordneten, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Im Anschluss erläuterten der Oberbürgermeister sowie der Stadtratsvorsitzende die geänderte Sitzordnung, Änderungen zum Sitzungsablauf sowie allgemeine Abstands- und Hygieneregungen, auf Grund neuer Sicherheitsbestimmungen zur Minimierung des Ansteckungsrisikos mit dem COVID 19 - Erreger.

Im Anschluss übergab der Oberbürgermeister die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse verlas den Hinweis zur Aufzeichnung der öffentlichen Sitzung des Stadtrates im Internet als Live-Stream und zur Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung. Diese erfolgt durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den in der Geschäftsordnung des Stadtrates angegebenen Voraussetzungen.

Auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden widersprach keiner der Anwesenden der Aufzeichnung.

Weiter informierte Herr Panse, dass eine Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß §19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer/-innen ausliegt.

Der Stadtratsvorsitzende stellte fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte.

Zum Sitzungsbeginn waren 38 Stadratsmitglieder anwesend und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO gegeben.

Abschließend informierte Herr Panse, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, verlas folgende Änderungen zur Tagesordnung:

a) durch den Einreicher vertagt wurde:

TOP 5.20 – Drucksache 0435/20

Verfahrensregeln zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachen Stadtentwicklung, Bauvorhaben und Quartiersentwicklung

Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

b) zusätzlich aufgenommen werden soll:

TOP 4.1. - Drucksache 0550/20

Reduzierung der Sitzungshäufigkeit, Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse

Einr.: Oberbürgermeister

Eine zusätzliche, mündliche Dringlichkeitsbegründung wurde seitens der Stadtratsmitglieder nicht gefordert. Der Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme der Drucksache als Tagesordnungspunkt 4.1 abstimmen

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	30
Nein - Stimmen	2
Enthaltungen	6

Die erforderlicher 2/3 Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit bestätigt. Die Drucksache wurde folglich als Tagesordnungspunkt 4.1 aufgenommen.

c) vorgezogen werden:

Vor TOP 5.1

TOP 5.21 – Drucksache 0493/20

Bürgerbegehren Kowo

Einr.: Oberbürgermeister

Vor der Pause werden die Wahlen durchgeführt:

als verbundene Wahl

TOP 5.17 – Drucksache 0327/20

Wahl der Stadträtin Corinna Herold zum Mitglied des Seniorenbeirates

Einr.: Fraktion AfD

mit

TOP 5.18 – Drucksache 0329/20

Wahl des dritten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates

Einr.: Fraktion AfD

d) gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt wird:

TOP 5.5. – Drucksache 2182/19

Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans in Erfurt - Schmira Am Eselsgraben

Einr.: Oberbürgermeister

mit.

TOP 5.14 – Drucksache 0192/20

Zukünftige Weiterentwicklung des Ortsteiles Schmira

Einr.: Ortsteilbürgermeister Schmira

e) auf Grund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. Vereinbarung im Hauptausschuss werden folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt

TOP 5.2 – Drucksache 1857/19

Gestaltungsbeirat, Benennung der Mitglieder aus dem zuständigen Stadtratsausschuss

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.19 – Drucksache 0412/20

Vorschlagsliste für die Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.22 – Drucksache 0502/20

Änderung der Stellvertretungsregelung in den Ausschüssen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

f) Gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO werden nach Beschlussfassung des Hauptausschusses vom 10.03.2020 folgende Tagesordnungspunkte, auf Grund eingereicher Anträge ohne erfolgter Vorberatung, in den zuständigen Ausschuss verwiesen:

TOP 5.1. – Drucksache 1376/19

Klare Regelungen für E-Scooter

Einr.: Fraktion DIE LINKE

Verwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

g) durch die Einreicher in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Digitalisierung wurde verwiesen:

TOP 5.12. – Drucksache 0086/20

Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/ PIRATEN, Fraktion FDP

Im Anschluss beantragte Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vereisung des folgenden Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Digitalisierung:

TOP 5.23 – Drucksache 0506/20

Selbstverpflichtung zum Baumschutz

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weiter Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht beantragt.

3. Aktuelle Stunde

3.1. Kommunale Digitale Agenda für Erfurt Einr.: Fraktion CDU

0563/20

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU zum Thema "Kommunale Digitale Agenda für Erfurt" vor.

Der Stadtratsvorsitzende informierte die Anwesenden, dass die Redezeit zum Thema je Fraktion 5 Minuten betrage.

Einleitend begründete Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, die Beantragung der aktuellen Stunde zum Thema Kommunale Digitale Agenda für Erfurt. Dabei bedanke er sich für die ausführliche Beantwortung der in Form der Drucksache 0446/19 gestellten Anfragen zur Thematik und ging vertiefend auf die in der Beantwortung zusammengefassten Maßnahmen zur Digitalisierung ein. In diesem Zusammenhang nannte er folgende bereits umgesetzte sowie geplante Maßnahmen:

- Digitale Beantwortung des Anwohnerparkens
- E-Government wird Chefsache
- Erarbeitung einer Strategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt (Smartcity)
Herr Hose sprach sich für die Vorlage eines entsprechenden Digitalisierungskonzeptes bis Ende 2020 aus.
- Geplanter Breitbandausbau im Stadtgebiet

Mit Blick auf die in der Beantwortung zur Drucksache 0446/19 wiederholt getroffene Aussage mangelnder Ressourcen zur Umsetzung bestimmter Digitalisierungsmaßnahmen betonte Herr Hose die Aufgabe des Stadtrates, die Bereitstellung dieser Ressourcen zu ermöglichen. Abschließend nannte Herr Hose verschiedene Vorschläge zur Umsetzung im Digitalisierungskonzept. (Digitalisierung Behördenakten, E-Akten, Erstellung einer App zur

Nutzung der Dienstleistungsangebote der Stadtwerke Erfurt GmbH, freies WLAN in allen öffentlichen Gebäuden, Projektdigitalisierung)

Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE, ging in ihrem Redebeitrag auf die Digitalisierung an Erfurter Schulen ein. Dabei thematisierte sie neben der allgemeinen Entwicklung auch die durch Geräteanschaffung entstehenden Kosten durch Digitalisierung. Insbesondere mahnte sie zu berücksichtigen, dass trotz aller Vorteile Eltern gegebenenfalls die Notwendigen Geräte auf eigene Kosten beschaffen müssen. Frau Schönemann nannte weiteren Entwicklungsbedarf im Bereich der mobilen Digitalisierung sowie die Notwendigkeit zur Erarbeitung und Weiterentwicklung bestehender Konzepte zur Thematik im Allgemeinen.

Herr Mroß, Fraktion SPD, sprach sich insbesondere für eine flexible und bürgerfreundliche Verwaltung aus. Digitalisierung solle da stattfinden, wo Bürger und auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung sich das wünschen. Am Ende der aktuellen Stunde, so Herr Mroß weiter, müsse als nächster Schritt die Erstellung eines kompletten Konzepts, nicht nur die Übernahme bestimmter Einzelmaßnahmen stehen.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinterfragte die Aktualität des Themas im Rahmen der Aktuellen Stunde. Könne sie sich in diesem Zusammenhang gegebenenfalls Fragen zur Digitalisierung der Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Rahmen vom Homeoffice zur Gesundheitsprävention vorstellen. Digitalisierung sei ein Prozess der eine klare Strategie benötige. Für entsprechende Maßnahme werden hierzu personelle und finanzielle Ressourcen benötigt. Frau Wahl warb sich der Thematik verstärkt anzunehmen, sowohl seitens der Verwaltung, als auch seitens der Fraktionen. Wurden in der Vergangenheit im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Digitalisierung kaum Vorlagen zu dieser Thematik beraten. Frau Wahl sprach sich ausdrücklich für eine verstärkte Fokussierung des Themas in Form von Personalentwicklungskonzepten, Digitalisierung als Dezernatsunterabschnitt sowie vermehrte Vorlagen im zuständigen Ausschuss und im Stadtrat aus.

Mit Verweis auf eine durch ihre Fraktion gestellte Anfrage im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Digitalisierung nahm Frau Hantke, Fraktion FDP, zum Redebetrag von Frau Wahl Stellung.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, bedankte sich für die Beantwortung der Stadtverwaltung zum Fragenkatalog der Drucksache 0446/19. Diese zeigen, dass bereits viel unternommen wurde. Für die Erfurter Bürger wünsche man sich weiter eine Erleichterung bei Behördengängen durch Digitalisierung des Leistungsangebotes. Weiter betonte er das Fehlen eines Gesamtkonzepts zur Digitalisierung und regte die Mitglieder des Stadtrates dazu an, ein solches Konzept gemeinsam anzustoßen.

Abschließend äußerte Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, allgemeine Unterstützung zur Thematik, erinnerte jedoch daran, dass der Erlebnisbericht Schulen, entgegen der Beschlussfassung noch nicht online gestellt wurde.

zur Kenntnis genommen

4. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

- 4.1. Reduzierung der Sitzungshäufigkeit, Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse 0550/20
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über das Vorberatungsergebnis sowie über den vorliegenden Änderungsantrag zur Drucksache.

Die Drucksache wurde in der Sitzung des vorbereitenden Hauptausschusses vom 10.03.2020 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag als Tischvorlage ein Antrag der Fraktion CDU vor. Dieser wurde im Vorfeld zur Sitzung beim Stadtratsvorsitzenden eingereicht und ist der Niederschrift als Anlage 5 anhängig.

Der Antrag ergänzt die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache wie folgt¹:

Die Änderung der Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung des Stadtrates in Kraft und mit 11.09.2020 außer Kraft.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging auf die Intentionen des durch seine Fraktion eingereichten Änderungsantrages ein. Grundsätzlich begrüße man den Beschlussvorschlag, jedoch gab er zu bedenken, dass bei der Beschneidung von demokratischen Mitbestimmungsrechten, auf Grund der außerordentlichen Situation im Umgang mit dem Corona-Virus, eine zeitliche Begrenzung der Maßnahmen verankert werden müsse. Mit Bestätigung des Änderungsantrages gelte die Ausnahmeregel nur für den Zeitraum von 6 Monaten und trete nach Ablauf dieser Zeit wieder außer Kraft.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, sprach sich gegen eine Beschlussfassung der Vorlage aus. Er begründete dies insbesondere mit der Zuständigkeit des Hauptausschusses bei Beschlussfassung nicht abwendbarer Entscheidungen im Ausnahmefall. Zwei Fraktionen sind, gemäß Rechtslage der Thüringer Kommunalordnung, nicht im Hauptausschuss vertreten. Das Fehlen zweier gewählter Fraktionen bei Beschlussfassungen wertete Herr Stassny als undemokratisch. An die anwesenden Mitglieder des Landtages gewandt, bat er diese Problematik auch im Rahmen der Diskussion zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung aufzunehmen.

¹ Änderungen fett

Im Anschluss stellte Herr Stassny mündlich folgenden Änderungsantrag zur Drucksache:

Der Beschlusspunkt 04 wird wie folgt geändert²:

04

Die Behandlung von Angelegenheiten nach §§ 9, 10, ~~11~~ der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse werden für die Dauer der außerordentlichen Situation ausgesetzt.

Zum Redebeitrag von Herrn Stassny, insbesondere zur rechtlichen Situation der Teilnahme an Sitzungen des Hauptausschusses, nahmen die Stadtratsmitglieder Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, Herr Kemmerich, Vorsitzender Fraktion FDP, Herr Aust, Fraktion AfD, Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Stampf, Vorsitzender Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN sowie Herr Pfistner, Fraktion CDU, direkt Stellung.

Zusammenfassend äußerten sich alle oben genannten Stadtratsmitglieder kritisch zur Situation, dass zwei Stadtratsfraktionen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht an den Sitzungen des Hauptausschusses teilnehmen können. Es wurde sich für die konkrete Gewährleistung der Teilnahme dieser Fraktionen im eintretenden Ausnahmefall und einer diesbezüglichen allgemeinen Änderung der Thüringer Kommunalverordnung ausgesprochen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erkundigte sich nach der Feststellung der in der Änderung zur Geschäftsordnung dargestellten außerordentlichen Situation. Dabei hinterfragte er insbesondere die Rechtssicherheit der Formulierung.

Zur Frage von Herrn Dr. Warweg nahm der Stadtratsreferent direkt Stellung. Dabei erläuterte er das Verfahren, bei Feststellung einer besonderen Situation. Mit Blick auf die Entwicklungen zur Verbreitung des Corona Virus wird der Pandemiebeauftragte unter Hinzuziehung des Personalamtes diese Situation feststellen und eine entsprechende Drucksache zum Ausruf einer besonderen Situation dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, sprach sich daraufhin gegen eine auf Dauer gültige Änderung der Geschäftsordnung aus und regte eine Einzelfallentscheidung zur Situation in Form einer Allgemeinverfügung an.

Herr Möller, Fraktion SPD, erkundigte sich nach dem konkreten Ablauf des in der Anlage 1 zur Drucksache geschilderten Verfahrens bei Eintritt einer außerordentlichen Situation. Dabei hinterfragte er im Sitzungsverlauf insbesondere die alleinige Antragsberechtigung des Oberbürgermeisters zum Ausruf und zur Beendigung der außerordentlichen Situation sowie die konkrete Auslegung der Beschlusspunkte 01, 02 und 03.

² Änderungen fett und durchgestrichen

Die Fragen Herrn Möllers wurden durch den Stadtratsreferenten beantwortet. Bezugnehmend auf Beschlusspunkt 02 erläuterte er die sich aus der Thüringer Kommunalordnung ergebende, vierteljährliche Tagungsverpflichtung des Stadtrates. Weiter fügte er erklärend hinzu, dass nur mit Feststellung einer außerordentlichen Situation gemäß Beschlusspunkt 01 die Beschlusspunkte 02-04 als Verfahrensregeln wirken.

Herr Möller beantragte daraufhin folgende Protokollnotiz:

Die Beschlusspunkte 02-04 der Drucksache 0550/20 werden erst durch Beschlussfassung eines Antrages zur Feststellung einer außerordentlichen Situation gemäß Änderung zur Geschäftsordnung im zuständigen Hauptausschuss wirksam. Bis zu einer solchen Beschlussfassung gelten die allgemeinen Regelungen der Geschäftsordnung bzw. der reguläre Sitzungszyklus.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, regte eine Vertagung der Debatte, verbunden mit einer Empfehlung die Entwicklung zur Situation weiter zu verfolgen an. Dabei betonte er ausdrücklich, dass es sich hierbei um seine Persönliche, nicht um die Meinung seiner Fraktion handle.

Stellungnehmend betonte der Oberbürgermeister, dass sich die Situation im Zusammenhang mit dem COVID 19 Virus stündlich ändere. Er betonte die Wichtigkeit zum Erhalt der Handlungsfähigkeit in dieser Situation und warb um Zustimmung der Vorlage als entsprechende Maßnahme.

Weiter informierte er die Anwesenden über seine Allgemeinverfügung bezüglich Erfurter Reiserückkehrer aus Risikogebieten und die damit verbundene Festlegung einer 14-tägigen Quarantäne.

Im Weiteren Sitzungsverlauf nahm der Oberbürgermeister, auf Rückfrage von Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN sowie zur späteren Stellungnahme des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zum Gültigkeitsbereich der Änderung der Geschäftsordnung und der Berücksichtigung der Ortsteilräte Stellung. Mit Blick auf die erfragte Gültigkeit für die Ortsteilräte betonte der Oberbürgermeister, dass die Ortsteilräte insbesondere empfehlenden Charakter haben, die Drucksache sich jedoch auf den Erhalt der Handlungsfähigkeit bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen beschränke.

Mit Blick auf die gestrige Vorberatung der Drucksache äußerte sich Herr Robeck, Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur allgemeinen Debatte kritisch, habe man im Rahmen der Vorberatung doch Zeit gehabt offene Fragen anzusprechen. Verbunden mit der Hoffnung, dass eine außerordentliche Situation nicht eintrete, warb er um Zustimmung zur Drucksache.

Frau Pelke, Fraktion SPD sprach sich ebenfalls für die Beschlussfassung der Vorlage aus. Es gehe hier insbesondere um die Beschlussfassung einer Vorsichtsmaßnahme, unter Berücksichtigung der Verantwortung eines jeden einzelnen in dieser Situation.

Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD sowie Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE, sprachen sich ebenfalls zur Beschlussfassung der Vorlage, als Maßnahme zum Erhalt der Handlungsfähigkeit aus.

Mit Blick auf seine Beobachtung zur Weiterverbreitung des Corona Virus sowie auf die Stellungnahmen des Oberbürgermeisters zur Situation verweisend, kündigte Herr Schlösser, Fraktion AfD, ein ablehnendes Votum zur Drucksache an und beantragte eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

Bezugnehmend auf die erhebliche Verschiebung der Situation seit der vergangenen Woche, verbunden mit den täglich neu umzusetzenden Maßnahmen zur Eindämmung des COVID 19 Virus warb Frau Vogel, Fraktion CDU, um Vertrauen zur Verwaltung und Zustimmung zur Vorlage. Weiter betonte sie die fehlenden Lösungsansätze in der laufenden Sitzung des Stadtrates, um eine Teilnahme aller Fraktionen am Hauptausschuss zu ermöglichen.

Im Anschluss stellte Herr Möller, Fraktion SPD, folgenden mündlichen Antrag zur Drucksache 0550/20:

Die Anlage 1 der Drucksache 0550/20 wird im § 24 Abs. 13 Satz 5 wie folgt ergänzt³:

*⁵Über den Eintritt und das Ende der außerordentlichen Situation entscheidet der Hauptausschuss auf Antrag des Oberbürgermeisters **oder auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Hauptausschusses**; spätestens drei Monate nach der Entscheidung beschließt der Stadtrat über die Fortdauer.*

Im Anschluss wurde folgende Ergänzung des Änderungsantrages von Herr Möller, mündlich durch Herrn Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, beantragt⁴:

Die Anlage 1 der Drucksache 0550/20 wird im § 24 Abs. 13 Satz 5 wie folgt ergänzt⁵:

⁵Über den Eintritt und das Ende der außerordentlichen Situation entscheidet der Hauptausschuss auf Antrag des Oberbürgermeisters oder auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des ~~Hauptausschusses~~—Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung ; spätestens drei Monate nach der Entscheidung beschließt der Stadtrat über die Fortdauer.

Nach Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu den mündlich eingereichten Änderungsanträgen der Fraktionen CDU und SPD fasste der Stadtratsvorsitzende alle Änderungsanträge zusammen und ließ diese wie folgt abstimmen:

³ Änderungen fett.

⁴ Änderungen fett/durchgestrichen

⁵ Änderungen fett.

Antrag von Herrn Schlösser, Fraktion AfD, auf 10-minütige Unterbrechung der Sitzung

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	7
Nein- - Stimmen	21
Enthaltungen	13

Der Antrag wurde abgelehnt. Es erfolgte keine Unterbrechung der Sitzung.

Antrag von Herrn Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN.

Die Anlage 1 der Drucksache 0550/20 wird im § 24 Abs. 13 Satz 5 wie folgt ergänzt⁶:

⁵Über den Eintritt und das Ende der außerordentlichen Situation entscheidet der Hauptausschuss auf Antrag des Oberbürgermeisters oder auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des ~~Hauptausschusses~~—Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung ; spätestens drei Monate nach der Entscheidung beschließt der Stadtrat über die Fortdauer.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	3
Nein- - Stimmen	31
Enthaltungen	8

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag von Herrn Denny Möller, Fraktion SPD:

Die Anlage 1 der Drucksache 0550/20 wird im § 24 Abs. 13 Satz 5 wie folgt ergänzt⁷:

*⁵Über den Eintritt und das Ende der außerordentlichen Situation entscheidet der Hauptausschuss auf Antrag des Oberbürgermeisters **oder auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Hauptausschusses**; spätestens drei Monate nach der Entscheidung beschließt der Stadtrat über die Fortdauer.*

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	36
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	6

Der Antrag wurde bestätigt.

⁶ Änderungen fett.

⁷ Änderungen fett.

Antrag der CDU Fraktion

Der Antrag ergänzt die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache wie folgt⁸:

Die Änderung der Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung des Stadtrates in Kraft und mit 11.09.2020 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	34
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	8

Der Antrag wurde bestätigt.

Antrag von Herrn Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN

Der Beschlusspunkt 04 wird wie folgt geändert⁹:

04

Die Behandlung von Angelegenheiten nach §§ 9, 10, ~~12~~ der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse werden für die Dauer der außerordentlichen Situation ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	13
Nein- - Stimmen	10
Enthaltungen	19

Der Antrag wurde bestätigt.

Abschließend ließ der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Ursprungsdrucksache unter Berücksichtigung der bestätigten Änderungsanträge abstimmen.

Anschließend wurden die Tagesordnungspunkt 5.17 und 5.18 aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 5 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Die in der Anlage 1 dargestellte Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse wird beschlossen.

⁸ Änderungen fett

⁹ Änderungen fett und durchgestrichen

02

Die Sitzungen des Stadtrates finden nur im Bedarfsfall, mindestens jedoch vierteljährlich, statt, soweit eine Entscheidung ausschließlich der Stadtrat treffen darf.

03

Für die Dauer der festgestellten außerordentlichen Situation erfolgt die Durchführung von Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ausschließlich für beteiligungspflichtige Entscheidungen des Jugendamtes der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung.

04

Die Behandlung von Angelegenheiten nach §§ 9, 10 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse werden für die Dauer der außerordentlichen Situation ausgesetzt.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

5. Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Klare Regelungen für E-Scooter 1376/19
Einr.: Fraktion DIE LINKE

Auf Grund fehlender Vorberatung des zur Drucksache gehörenden Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0604/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung, in seiner Sitzung vom 10.03.2020, die Rückverweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr.

Der vorliegende Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0094/20 wurde vor der Stadtratssitzung durch den Einreicher zurückgezogen.

Verwiesen in Ausschuss

- 5.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur 0094/20
Drucksache 1376/19 - Klare Regelungen für E-Scooter -

zurückgezogen

- 5.1.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur 0604/20
Drucksache 1376/19 - Klare Regelungen für E-Scooter

Verwiesen in Ausschuss

5.2. Gestaltungsbeirat, Benennung der Mitglieder aus dem 1857/19
zuständigen Stadtratsausschuss
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, nannte die folgenden im Vorfeld zur Stadtratssitzung eingereichten Vorschläge der Fraktionen zur Benennung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates:

Fraktion SPD: Herr Dr. Urs Warweg
Fraktion DIE LINKE: Frau Katja Maurer

Weiter informierte er über das Vorberatungsergebnis zur Drucksache. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.02.2020 wurde die Drucksache entsprechend der eingereichten Vorschläge per Einzelabstimmung wie folgt bestätigt.

Dr. Urs Warweg als Mitglied des Gestaltungsbeirates Erfurt.

bestätigt - Ja 14 Nein 0 Enthalten 0 Befangen 0

Katja Maurer als Mitglied des Gestaltungsbeirates Erfurt.

bestätigt - Ja 14 Nein 0 Enthalten 0 Befangen 0

Gemäß Vereinbarung des TOP 2 erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache, in Fassung der bestätigten Form des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, ohne weitere Wortmeldungen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat benennt aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr entsprechend § 3 Abs 1 g) der Satzung des Gestaltungsbeirates Erfurt das sachkundige Stadtratsmitglied Dr. Urs Warweg als Mitglied des Gestaltungsbeirates Erfurt.

02

Der Stadtrat benennt aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr entsprechend § 3 Abs 1 g) der Satzung des Gestaltungsbeirates Erfurt das sachkundige Stadtratsmitglied Katja Maurer als Mitglied des Gestaltungsbeirates Erfurt.

5.3. Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU-
Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe, Lärmaktionsplan und
Beteiligung der Öffentlichkeit
Einr.: Oberbürgermeister

1944/19

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Vorberatungsergebnisse zur Drucksache sowie die vorliegenden Anträge.

Die Drucksache wurde in den betroffenen Ortsteilräten vorberaten und zur Kenntnis genommen bzw. bestätigt. Der Ortsteilrat Egstedt gab zur Drucksache kein Votum ab. Die Ortsteilräte Schmira und Windischholzhausen bestätigten die Drucksache mit Änderungen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung vom **18.02.2020** mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Es lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Schmira in Drucksache 0114/20 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Der Änderungsantrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.02.2020 bestätigt (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0.)

Weiter lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Windischholzhausen in Drucksache 0115/20 vor. Dieser änderte ebenfalls die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Der Antrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.02.2020 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0).

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Änderungsanträgen sowie die Beantwortung der Festlegung aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in Drucksache 0461/20 lagen den Fraktionen vor.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf Ursachen und Konsequenzen dauerhaften Lärms ein und betonte die Wichtigkeit der Thematik. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ermittelten Dezibel – Vorgaben sollten zwingend eingehalten werden. Zur allgemeinen Minderung des Lärmpegels in der Stadt regte sie eine objektive Prüfung von Maßnahmen an. Beispielhaft nannte sie eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Nacht auf 30 km/h sowie die Lärmminimierung durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und von Fahrradwegen.

Im weiteren Verlauf verwies Frau Wahl auf die geringe Anzahl der Stellungnahmen seitens der Bürger zu diesem Thema und hinterfragte die allgemeine Methodik zur Reichweite bei Ausschreibungen zur Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, begrüßte den Lärmaktionsplan als Verbesserung für viele Erfurter. Dieser Plan beinhalte objektiv Verbesserungspotential bestimmter Straßen hinsichtlich des Lärmschutzes. Weiter betonte Herr Dr. Warweg, dass die Maßnahmen des Lärmaktionsplanes immer im Zusammenhang mit den vorhandenen Haushaltsmitteln zu sehen sind. Bezugnehmend auf den Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Windischholzhausen und den damit verbundenen Maßnahmenenergänzungen kündigte Herr Dr. Warweg ein ablehnendes Votum zum Änderungsantrag an. Er begründete dies mit den im Lärmaktionsplan festgelegten Schwellenwerten zur Maßnahmenumsetzung. Diese werden im betroffenen Bereich sowohl am Tag, als auch in der Nacht unterschritten.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, begrüßte den Lärmaktionsplan und die Bürgerbeteiligung als einen weiteren wichtigen Schritt zur Umsetzung des Lärmaktionsplanes. Das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion erläuternd nahm er zu flächendeckenden Geschwindigkeitsbegrenzungen im Allgemeinen sowie zur durch die Ortsteilbürgermeister beantragten Geschwindigkeitsbegrenzung Stellung.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, begrüßte die dritte Stufe der Umgebungslärmrichtlinie. Die Herabsetzung der im Entwurf erfassten Schwellenwerte habe man sich gewünscht. Ein früherer Antrag zur Herabsetzung der Schwellenwerte sei aus rechtlichen Gründen in der Vergangenheit jedoch gescheitert. Bezugnehmend auf den Redebeitrag von Frau Wahl betonte Herr Stampf, dass mit Beschluss auch die weitere Beteiligung der Bürger verbunden sei. Auch Ortsteile die im Vorberatungsverfahren bisher nicht berücksichtigt wurden könnten sich so zum Entwurf äußern. Weiter kündigte Herr Stampf ein zustimmendes Votum zu beiden vorliegenden Anträgen der Ortsteilbürgermeister an.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Drucksache sowie die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst wurde der Antrag des Ortsteilbürgermeisters Schmira in Drucksache 0114/20 abgestimmt. Diese änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	9
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Windischholzhausen in Drucksache 0115/20. Dieser änderte ebenfalls die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 17
Befangen: 0

Der Antrag wurde bestätigt.

Abschließend ließ der Stadtratsvorsitzende die Drucksache 1944/19 unter Berücksichtigung der Änderungen des bestätigten Antrages in Drucksache 0115/20 abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Der Entwurf des Lärmaktionsplanes (Anlagen 1-10) wird gebilligt.

02

Als Auslösewerte für Lärminderungsmaßnahmen werden $L_{DEN} > 65$ dB(A) und $L_{Night} > 55$ dB(A) festgelegt.

03

Der Entwurf des Lärmaktionsplanes ist gemäß § 47 d (3) Bundes-Immissionsschutzgesetz öffentlich auszulegen und der Bevölkerung die Möglichkeit zur Beteiligung einzuräumen.

04

Zeitpunkt, Ort und Dauer der Beteiligung der Öffentlichkeit sind ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.)

5.3.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Schmira zur DS 0114/20
1944/19 - Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU-
Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe, Lärmaktionsplan und
Beteiligung der Öffentlichkeit

abgelehnt Ja 14 Nein 19 Enthaltung 9 Befangen 0

- 5.3.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Windischholzhausen 0115/20
zur DS 1944/19 - Billigung des Entwurfes zur Umsetzung
der EU-Umgebungslärmrichtlinie, 3. Stufe,
Lärmaktionsplan und Beteiligung der Öffentlichkeit

bestätigt Ja 14 Nein 17 Enthaltung 7 Befangen 0

- 5.3.3. Festlegung aus der nichtöff. Sitzung SBUKV vom 0461/20
18.02.2020 zur DS 0115/20 Änderungsantrag zur DS
1944/19 "Billigung des Entwurfes zur Umsetzung der EU-
Umgebungslärmrichtlinie..." - Nachfrage

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des 2095/19
Grundstücks Am Silberblick 6 in Erfurt-Rhoda
Einr.: Oberbürgermeister

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Vorberatungsergebnisse sowie die vorliegenden Anträge zur Drucksache.

Die Drucksache wurde in der Sitzung des Ortsteilrates Möbisburg-Rhoda am 13.01.2020 zur Kenntnis genommen.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.02.2020 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt in Drucksache 0551/20 vor. Dieser ersetzte den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache.

Auf Grund fehlender Vorberatung des Antrages entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 10.03.2020, den Antrag zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Zunächst ließ der Stadtratsvorsitzende über den Antrag der Fraktion Mehrwertstadt in Drucksache 0551/20 abstimmen.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	25
Enthaltungen:	2
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Drucksache 2095/19.

beschlossen Ja 38 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung des Grundstückes "Am Silberblick 6" in der Gemarkung Rhoda, Flur 1, Flurstück 11/4, Teilfläche von ca. 1.318 m² sowie Flurstück 10, Teilfläche von ca. 45 m² mit Vorlage eines Nutzungskonzeptes mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung.

Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

- 5.4.1. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0551/20
2095/19 - Grundstücksverkehr - öffentliche
Ausschreibung des Grundstückes Am Silberblick 6 in
Erfurt-Rhoda**

abgelehnt Ja 15 Nein 25 Enthaltung 2 Befangen 0

- 5.5. Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines 2182/19
vorhabenbezogenen Bebauungsplans in Erfurt - Schmira
Am Eselsgraben
Einr.: Oberbürgermeister**

Gemäß Vereinbarung des Tagesordnungspunktes 2 wurden die Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.14 gemeinsam beraten jedoch getrennt abgestimmt.

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Vorberatungsergebnisse der beiden Drucksachen.

Die Drucksache 2182/19 (Tagesordnungspunkt 5.5) wurde in der Sitzung des Ortsteilrates Schmira vom 13.01.2020 abgelehnt (Ja 0 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0).

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurde die Drucksache in der Sitzung vom 18.02.2020 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Drucksache 0192/20 (Tagesordnungspunkt 5.14) wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 18.02.2020 abgelehnt (Ja 0 Nein 6 Enthaltung 7 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Ortsteilbürgermeisters Schmira lag den Fraktionen vor.

Der Ortsteilbürgermeister Schmira hatte sich für die Sitzung des Stadtrates entschuldigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Stadtratsvorsitzende ließ zunächst über die Drucksache 2182/19 abstimmen.

Abstimmungsergebniss Drucksache 2182/19 (Tagesordnungspunkt 5.5):

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1
Befangen:	0

Die Drucksache wurde beschlossen.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Drucksache 0192/20. Aufgrund des Beschlusses zur Drucksache 2182/19 wurde an dieser Stelle nur über den Beschlusspunkt 02 der Drucksache 0192/20 abgestimmt.

Abstimmungsergebniss Beschlusspunkt 02 Drucksache 0192/20 (Tagesordnungspunkt 5.14):

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	33
Enthaltungen:	9
Befangen:	0

Der Beschlusspunkt 02 der Drucksache 00192/20 wurde abgelehnt. Die Beschlussfassung des Beschlusspunktes 01 der Drucksache galt als erledigt, auf Grund des Beschlusses der Drucksache 2182/19.

Beschluss

Der Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 BauGB vom 09.07.2019 für das Vorhaben Neubau von Einfamilienhäusern im Bereich des Eselsgrabens in Schmira auf den Flurstücken 196/2, 412/197 und 413/197 der Flur 3, Gemarkung Schmira, wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB abgelehnt.

- 5.6. Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2020
Einr.: Oberbürgermeister 2435/19**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über die Vorberatungsergebnisse der Drucksache.

In der Sitzung des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen vom 04.02.2020 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0)

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 2576/19 vor. Dieser änderte die Beschlusspunkte 01 und 02 der Ursprungsdrucksache.

Zum Änderungsantrag der Fraktion SPD lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 2663/19 vor. Dieser änderte den Titel der Ursprungsdrucksache sowie den Beschlusspunkt 01 des Änderungsantrages der SPD. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 20.02.2020 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0).

Weiter lag zum Änderungsantrag der Fraktion SPD ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE in Drucksache 2666/19 vor. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 1 der Ursprungsdrucksache. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 20.02.2020 abgelehnt (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache und den dazugehörigen Anträgen lagen den Fraktionen vor.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Herr Adams, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für eine Kampagne für Zivilcourage in der gesamten Stadt aus. Weiter hinterfragte er die Wirkungsweise einer auf den öffentlichen Personennahverkehr beschränkte Kampagne, könne diese doch den Eindruck erwecken, dieser sei nicht sicher. Im Wesentlichen gehe es um die Frage, so Herr Adams im weiteren Sitzungsverlauf, was man mit einer Öffentlichkeitskampagne erreichen kann und will.

Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Mittel wertete Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Kampagne als Anfang. Eine Kampagne im ÖPNV schließe eine Erweiterung dieser auf das gesamte Stadtgebiet nicht aus. Hierzu benötige es jedoch weitere Mittel.

Mit Verweis auf weiteren Beratungsbedarf der vorliegenden Anträge zur Drucksache, den Beratungsverlauf im vorberatenden Ausschuss sowie auf weitere Vorlagen zu ähnlichen bzw. erweiternden Konzepten hinweisend, beantragte Herr Goldstein, Fraktion CDU, die Vertagung der Drucksache. Weiter sprach er sich dafür aus, dass man den Eindruck, der ÖPNV sei in Erfurt nicht sicher, vermeiden wolle.

Dem Antrag auf Vertagung schloss sich im weiteren Sitzungsverlauf Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, an.

Der Beigeordnete für öffentliche Sicherheit und Umwelt sprach sich für die Intentionen der vorliegenden Änderungsanträge aus und ging erläuternd auf die in der Ursprungsdrucksache aufgeführte Öffentlichkeitskampagne des Kriminalpräventiven Rates sowie die geplante Umsetzung in diesem Jahr ein. Beispielhaft nannte er hier einzelne geplante Projekte. Diese sind mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und Personalressourcen derzeit auch umsetzbar. Eine in den Änderungsanträgen beantragte große Kampagne, mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht.

Der Beigeordnete für öffentliche Sicherheit und Umwelt betonte jedoch, dass der Beschluss einer kleinen Kampagne zur Zivilcourage eine größere in der Zukunft grundsätzlich nicht ausschließe. Hierzu regte er die Debatte zur Mittelbereitstellung für dieses Vorhaben im Rahmen der Haushaltsberatungen an.

Frau Vogel, Fraktion CDU, ging vertiefend auf die Wirkungsweise von guten und schlechten Kampagnen ein. Eine gute Kampagne bedarf einer fachlichen Entwicklung, unterlegt mit entsprechenden finanziellen Mitteln und erfordere gegebenenfalls eine Zusammenarbeit mit einer spezialisierten, externen Agentur. So könne man eine nachhaltige Wirkungsweise der Öffentlichkeitskampagne erreichen. In diesem Zusammenhang hinterfragte Frau Vogel die mögliche Wirkungsweise der geplanten kleinen Kampagne im ÖPNV.

Mit Blick auf die Größe des ÖPNV in der Landeshauptstadt gab Herr Mroß, Fraktion SPD, zu bedenken, dass eine hier angelegte Kampagne nicht als klein gewertet werden könne.

Herr Möller, Fraktion AfD, ging auf die laut Polizeistatistik begangenen Straftaten im ÖPNV ein. Ein Sicherheitsgefühl könne hier nicht durch die Fokussierung auf eine Kampagne zur Zivilcourage entstehen, sondern nur durch die Bekämpfung der Ursachen im Allgemeinen.

Zum Redebeitrag von Herrn Möller nahm Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE, direkt Stellung.

Herr Möller, Fraktion SPD, erläuterte die Intentionen der Öffentlichkeitskampagne. Zivilcourage meint hier vor allem gegenseitige Rücksichtnahme, wie beispielsweise das aufstehen für ältere Menschen. Es gehe nicht um Gefahr, sondern um ein Miteinander.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache sowie die vorliegenden Anträge wie folgt abstimmen:

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/PIRATEN auf Vertagung der Drucksache auf die Stadtratssitzung im Mai.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	19
Nein Stimmen:	22
Enthaltungen:	0

Der Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 2663/19. Dieser änderte den Titel der Ursprungsdrucksache sowie den Beschlusspunkt 01 des Änderungsantrages der Fraktion SPD in Drucksache 2576/19.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	7
Nein Stimmen:	28
Enthaltungen:	5

Der Antrag wurde abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des gemeinsamen Antrages der Fraktion SPD und der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 2666/19. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 01 des Änderungsantrages der Fraktion SPD.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	16
Nein Stimmen:	11
Enthaltungen:	10

Der Antrag wurde bestätigt.

Anschließend ließ der Stadtratsvorsitzende über den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache in Fassung des Änderungsantrages in Drucksache 2576/19 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	15
Nein Stimmen:	7
Enthaltungen:	18

Der Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache wurde in Fassung des Änderungsantrages der SPD in Drucksache 2576/19 bestätigt.

Beschluss

01

Eine Öffentlichkeitskampagne für Zivilcourage im ÖPNV soll unter Leitung des Kriminalpräventiven Rates, mit den Trägern des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Erfurt erarbeitet werden. Als Orientierungshilfe sollte unter anderem die Öffentlichkeitskampagne der Berliner Verkehrsbetriebe AG "Weil wir dich lieben" zu Rate gezogen werden.

02

Die Grundzüge der Kampagne werden am Ende des 2. Quartals 2020 im zuständigen Ausschuss vorgestellt und beraten.

5.7.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2439/ 19 - 2576/19
Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV

bestätigt mit Änderungen

5.7.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur 2663/19
Drucksache 2576/19 (Antrag der Fraktion SPD zur
Drucksache 2439/19 - Öffentlichkeitskampagne
Zivilcourage im ÖPNV)

abgelehnt Ja 7 Nein 28 Enthaltung 5 Befangen 0

5.7.1.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion SPD zur 2666/19
Drucksache 2576/19 Antrag der Fraktion SPD zur
Drucksache 2439/19 - Öffentlichkeitskampagne
Zivilcourage im ÖPNV

bestätigt Ja 16 Nein 11 Enthaltung 10 Befangen 0

5.8. Änderung der Begrünungssatzung 2596/19
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über das Vorberatungsergebnis zur Drucksache und eröffnete die Beratung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigte die Drucksache in der Sitzung vom 18.02.2020 (Ja 9 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für die Beschlussfassung der Vorlage und den Aspekt der Dach- und Fassadenbegrünung im Allgemeinen aus. Weiter regte sie die Bearbeitung weiterer Umweltaspekte im Allgemeinen an.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, warb um Zustimmung zur Drucksache.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache 2596/19 abstimmen.

beschlossen Ja 28 Nein 5 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Überarbeitung und Änderung der Begrünungssatzung im Sinne einer adäquaten Klimaanpassung.

5.9. Erfurter Toilettenkonzept- mehr öffentliche Toiletten 2693/19 Einr.: Fraktion CDU

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über die Vorberatungsergebnisse sowie den vorliegenden Antrag zur Drucksache.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 18.02.2020 wurde die Drucksache mit Änderungen bestätigt (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Drucksache 0097/20 vor. Dieser änderte Beschlusspunkt 04 der Ursprungsdrucksache und ergänzt diese um einen Beschlusspunkt 05. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 18.02.2020 bestätigt (Ja 8 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache und dem dazugehörigen Antrag lagen den Fraktionen vor.

Im Anschluss eröffnete Herr Panse die Beratung.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, würdigte die Bereitschaft der Verwaltung entsprechende Mittel zur Umsetzung des Toilettenkonzepts bereit zu stellen und warb um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb um Unterstützung zur Ursprungsdrucksache und ging vertiefend auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, als Ergänzung der Ursprungsdrucksache, ein. Die Umsetzung des Toilettenkonzepts trage im Allgemeinen wesentlich zur Aufenthaltsqualität in der Landeshauptstadt bei. Ziel sei es auch, dieses Konzept bis zur BUGA 2021 umzusetzen. Mit Blick auf die beantragte Ergänzung des Beschlusspunktes 05 ging er weiter auf die zu berücksichtigten Bedarfe von Angeboten im Konzept ein. Beispielfhaft nannte er hier die Barrierefreiheit der Toiletten sowie Interessen der Inter- und Transvertretung.

Bezugnehmend auf den Redebeitrag von Herr Robeck bzw. den Beschlusspunkt 05 des Änderungsantrages sprachen sich die Stadtratsmitglieder Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD und Frau Stange, Fraktion DIE LINKE, für Unisex – Toiletten, anstelle des im Antrag genannten dreigliedrigen Toilettenmodels aus.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, wertete die Intentionen der Vorlage positiv, erinnerte aber auch an vergangene Debatten zur Thematik der öffentlichen Toiletten in der Landeshauptstadt. Standortkonzepte scheiterten bereits auf Grund fehlender Mittel oder Bedenken zum Denkmalschutz. Herr Stampf regte die Betrachtung dieser Debatten aus der Vergangenheit an.

Weiter hinterfragte er den Zustand der vorhandenen öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet. Beispielhaft nannte er begrenzte Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletten am Brühler Garten sowie den aus seiner Sicht desolaten Zustand der öffentlichen Toiletten am Domplatz.

Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt informierte über die bereits bestehende, dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe zu den öffentlichen Toiletten in der Landeshauptstadt. Im Rahmen dieser Gruppe befasse man sich auch ausführlich mit früheren Konzepten sowie den bestehenden Bedarf an öffentlichen Toiletten im Allgemeinen. Frühere Konzepte seien insbesondere auf Grund fehlender Mittel gescheitert. Ein Konzept allein, ohne zusätzliche finanzielle Mittel und Personal sei nicht zielführend.

Herr Möller, Fraktion AfD, sprach sich gegen zusätzliche Mittel für die Umsetzung eines Toilettenkonzeptes aus. Man Priorisiere die Sanierung der Schulen im Allgemeinen bzw. die Thematik aufgreifend, die Sanierung der Schultoiletten im Besonderen.

Zum Redebetrag von Herrn Möller, nahm Frau Stange, Fraktion DIE LINKE, direkt Stellung.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache sowie den dazugehörigen Antrag abstimmen.

Zunächst wurde der Antrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0097/20 abgestimmt. Dieser ändert den Beschlusspunkt 04 der Ursprungsdrucksache und ergänzt diese um einen Beschlusspunkt 05.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	31
Nein Stimmen:	7
Enthaltungen:	2

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Drucksache 2693/19, unter Berücksichtigung der oben bestätigten Änderungen.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für öffentliche Toiletten für die Stadt Erfurt zu entwickeln. Die Umsetzung soll bis zum Jahr 2021 erfolgen. Neben den zwei im Werbevertrag gebundenen vollautomatischen Toilettenanlagen am Rathausparkplatz und der Augustusmauer, sind weitere Toiletten im ganzen Stadtgebiet bereitzustellen.

02

Alle bisher vorliegenden Untersuchungen und Bedarfsermittlungen (FH-Bachelorarbeit "öffentliche Toiletten in Erfurt"; SWE-Arbeitsgruppe) sind vollständig auszuwerten. Ausreichende personelle Kapazitäten sind bereitzustellen.

03

Das Konzept Aufkleber Aktion "WC-Welcome: öffentliche Toilette" soll neu aufgestellt und vermarktet werden. Dazu sollen Gespräche mit dem Citymanagement, der Citymanagerin und den Betreibern von Toiletten geführt werden.

04

Für die Umsetzung der Maßnahmen sind ausreichend finanzielle Mittel in den nächsten Haushaltsplan bereitzustellen. Die verschiedenen Akteure (Seniorenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Inter- und Transinteressenvertretungen, Tourismusnetzwerk, BUGA GmbH, Citymanagement, Betreibern von Toiletten) und deren Anregungen sind in den Prozess einzubeziehen

05

Toiletten sind vorrangig geschlechtsneutral, oder in einem dreigliedrigen Modell, zur Verfügung zu stellen.

5.9.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur 0097/20
Drucksache 2693/19 - Erfurter Toilettenkonzept- mehr
öffentliche Toiletten -

bestätigt Ja 31 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

5.10. Erfurt ist und bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung 2701/19
von rechten Erkennungssymbolen auf den Erfurter
Märkten und Festen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, über das Vorberatungsergebnis sowie über die vorliegenden Anträge zur Drucksache.

In der der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 25.02.2020 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FDP in Drucksache 0066/20 vor. Dieser ergänzte den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 25.02.2020 wurde der Antrag wie folgt modifiziert:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt "legale" Ersatz- und Erkennungssymbole, die in ~~rechtsextremen sowie linksextremen~~ **extremistischen** Kreisen dazu verwendet werden...*

Der modifizierte Änderungsantrag wurde abgelehnt (abgelehnt Ja 4 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zum Änderungsantrag lagen den Fraktionen vor.

Weiter lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt und FREIE WÄHLER/PIRATEN in Drucksache 0609/20 vor. Dieser ersetzte den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung des Antrages entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 10.03.2020, den Antrag zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Herr Kolditz, Fraktion DIE LINKE, erinnerte an eine entsprechende Pressemitteilung über einen Stand mit rechten Erkennungssymbolen auf dem Erfurter Weihnachtsmarkt, als Ausgangspunkt dieser Vorlage. Weiter ging er auf die Diskussionen im vorberatenden Ausschuss, insbesondere zum Antrag der Fraktion FDP, auch linksextremistischen Symbole bzw. extremistischen Symbolen im Allgemeinen zu untersagen ein. Man habe sich ausdrücklich gegen diese Formulierung entschieden, so Herr Kolditz weiter, da man Demokratiefeindlichkeit in diesem Fall dem rechtsextremen Umfeld zuordne. Im Ergebnis der Vorberatung habe man sich auf den in Drucksache 0609/20 eingebrachten Beschlussvorschlag geeinigt. In diesem Zusammenhang warb Herr Kolditz um dessen Zustimmung.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging ebenfalls auf die Vorberatung zur Drucksache, insbesondere die Diskussion zur konkreten Nennung der im Antrag der Fraktion FDP zu ergänzenden linksextremen oder extremistischen Symbole ein. Da hier offene Fragen nicht beantwortet werden konnten, kündigte Herr Maicher ein ablehnendes Votum zum Antrag der Fraktion FDP an.

Mit Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache nahm der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Kultur zum allgemeinen Auswahlverfahren bei der Vergabe von Marktständen Stellung. Man sei Wachsam und versuche mit geschultem Auge Vorfälle wie den Verkauf von rechtsextremen Symbolen zu vermeiden, jedoch kann der kategorische Ausschluss solcher Vorfälle nicht garantiert werden.

Herr Erfurth, Fraktion AfD, berichtete den anwesenden von seinen Erfahrungen bezüglich des in der Presse genannten Standes auf dem Erfurter Weihnachtsmarkt. Nach der

Pressemitteilung habe man sich selbst ein Bild der angebotenen Waren gemacht, konnte jedoch keine rechtsextremistischen, sondern u.a. heidnische Symbole vorfinden. In diesem Zusammenhang ging Herr Erfurth an Hand verschiedener Beispiele auf die Bedeutung solcher Symbole ein. Weiter informierte er, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Polizei die Legalität der angebotenen Waren bestätigte.

Aus diesem Grund kündigte Herr Erfurth ein ablehnendes Votum seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache an. Weiter schlug er eine Änderung der Marktsatzung bezüglich einer Ergänzung zum allgemeinen Verbot von rechtswidrigen Symbolen vor.

Herr Hose, Fraktion CDU, ging vertiefend auf die allgemein gültigen Werte ein. Man lehne Extremismus in jeder Form ab. Mit Blick auf die Vorberatung im Ausschuss sowie die fragliche Rechtmäßigkeit des Beschlussvorschlages, kündigte Herr Hose ein ablehnendes Votum zur Drucksache an. Rechtsstaatlichkeit bedeute auch, so Herr Hose begründend, sich an geltende Normen zu halten.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, ging vertiefend auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt und FREIE WÄHLER/PIRATEN in Drucksache 0609/20 ein. Dieser sei als Ergebnis des Diskussionsprozesses im vorberatenden Ausschuss entstanden. Man wolle rechtsextremistische Symbole weder auf städtischen noch auf privaten Märkten. Herr Dr. Beese regte in diesem Zusammenhang Gespräche mit den privaten Betreibern von Märkten an.

Herr Möller, Fraktion SPD, ging ebenfalls auf die Ausgangssituation zur Vorlage sowie die symbolische Wirkung der Beschlussfassung ein.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache sowie die vorliegenden Anträge abstimmen.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt und FREIE WÄHLER/PIRATEN in Drucksache 0609/20. Dieser ersetzte den Beschlusstext der Ursprungsdrucksache

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	27
Nein Stimmen:	8
Enthaltungen:	5

Der Antrag wurde bestätigt. Auf Grund der Annahme des Änderungsantrages erübrigte sich die Abstimmung des Antrages der Fraktion FDP in Drucksache 0066/20 sowie der Ursprungsdrucksache 2701/19.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 8 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die künftigen Ausschreibungen für Märkte und Stadtfeste so zu gestalten, dass dort die Zurschaustellung, die Herstellung und der Verkauf von rechten Erkennungssymbolen ausgeschlossen wird. Im laufenden Verfahren ist bei der Auswahl der Händler analog zu handeln.

- 5.10.1. Antrag der Fraktion FDP zur Drucksache 2701/19 Erfurt 0066/20
ist und bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung von
rechten Erkennungssymbolen auf den Erfurter Märkten
und Festen

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

- 5.10.2. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 0609/20
90/DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt und FREIE
WÄHLER/PIRATEN zur Drucksache 2701/19 - Erfurt ist und
bleibt Stadt des Friedens - Keine Duldung von rechten
Erkennungssymbolen ...

bestätigt

- 5.11. Erhalt Streuobstwiese Greifswalder Straße 0050/20
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Einleitend nannte der Stadtratsvorsitzende das Vorberatungsergebnis zur Drucksache. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung vom 18.02.2020 (Ja 6 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Weiter informierte Herr Panse über den vorliegenden Antrag der Fraktion SPD auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr.

Herr Perdelwitz, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, unterstützte den Antrag auf Verweisung der Drucksache bis zur Vorlage des Bodengutachtens.

Sodann ließ der Stadtratsvorsitzende über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abstimmen.

Verwiesen in Ausschuss Ja 35 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

- 5.12. **Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH** 0086/20
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/ PIRATEN, Fraktion FDP

Die Drucksache 0086/20 wurde durch die Einreicher in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Digitalisierung verwiesen (siehe Tagesordnungspunkt 2).

Verwiesen in Ausschuss

- 5.13. **Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen insbesondere durch Überflutung** 0137/20
Einr.: Fraktion AfD

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, dass der vorberatende Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache in seiner Sitzung vom 18.02.2020 ablehnte (Ja 2 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Stellungnahme zur Festlegung aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 18.02.2020 in Drucksache 0462/20 sowie die Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lagen den Fraktionen vor.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, ging auf den Beschlussvorschlag seiner Fraktion ein und kritisierte die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Beschlussvorschlag. Auf einen Vandalismus Vorfall an einer Erfurter Schule Anfang des Jahres hinweisend, betonte er die Notwendigkeit zur Sicherung der Erfurter Schulen mit Alarmanlagen. Abschließend warb er um Zustimmung zur Vorlage seiner Fraktion.

Im Anschluss ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache 0137/20 abstimmen.

abgelehnt Ja 9 Nein 26 Enthaltung 5 Befangen 0

- 5.13.1. **Festlegung aus der nichtöff. Sitzung SBUKV vom 18.02.2020 zur DS 0137/20 "Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen..." - Nachfragen** 0462/20

zur Kenntnis genommen

5.14. Zukünftige Weiterentwicklung des Ortsteiles Schmira 0192/20
Einr.: Ortsteilbürgermeister Schmira

Siehe TOP 5.5

abgelehnt Ja 0 Nein 33 Enthaltung 9 Befangen 0

5.15. Machbarkeitsstudie Arndtstraße 0262/20
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN,
Fraktion FDP

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache in seiner Sitzung vom 18.02.2020 ablehnte (Ja 5 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, daher erfolgte im Anschluss direkt die Abstimmung zur Drucksache.

abgelehnt Ja 8 Nein 31 Enthaltung 1 Befangen 0

5.16. Nachlass Eintrittsentgelte für die BUGA 2021 für Erfurter 0266/20
Bürger
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass der Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt in seiner Sitzung vom 17.02.2020 die Drucksache ablehnte (Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahme zur Festlegung aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt vom 17.02.2020 in Drucksache 0451/20 sowie die Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lagen den Fraktionen vor.

Im Anschluss eröffnete der Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, ging vertiefend auf die Intentionen des Beschlussvorschlages seiner Fraktion ein und kritisierte die dazu vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung. Dabei hinterfragte er insbesondere die rechtlichen Grundlagen sowie die bereits festgesetzten Preise. Auf Grund der zu erwartenden, mangelnden Zustimmung zum Beschlussvorschlag zog Herr Schlösser die Drucksache 0266/20 zurück.

zurückgezogen

5.16.1. Festlegung aus der nichtöff. Sitzung BUGA vom 17.02.2020 zur DS 0266/20 "Nachlass Eintrittentgelte BUGA 2021 für Erfurter Bürger" - Nachfragen 0451/20

zur Kenntnis genommen

5.17. Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Stadtrates 0327/20
Einr.: Fraktion AfD

Die Tagesordnungspunkte TOP 5.17 und TOP 5.18 wurde gemeinsam nach dem Tagesordnungspunkt 4.1 aufgerufen. Die Wahlgänge wurden als verbundene Wahl durchgeführt.

Einleitend stellte der Stadtratsvorsitzende die Anwesenheit von 41 Stadtratsmitgliedern fest.

Im Anschluss informierte der Stadtratsvorsitzende über die Vorberatungsergebnisse der Drucksachen 0327/20 (Tagesordnungspunkt 5.17) und 0329/20 (Tagesordnungspunkt 5.18) und erläuterte den zur Beschlussfassung erforderlichen Wahlgang

Zu den oben genannten Drucksachen wurden in der Sitzung des vorberatenden Hauptausschusses vom 10.03.2020 kein Votum abgegeben.

Jedes Mitglied des Stadtrates hatte zur Wahl eines Mitgliedes des Seniorenbeirates und der Wahl des dritten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates jeweils eine Stimme.

Als gewählt galt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hatte (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Auf Grund der geltenden Allgemeinverfügung zum Ablauf der Stadtratssitzung wurden die Stadtratsmitglieder, zunächst die Mitglieder der Wahlkommission, durch den Staatsratsvorsitzenden einzeln zur Stimmabgabe aufgerufen.

Im Anschluss des Wahlgangs fand eine Pause statt. Die Bekanntgabe des nachfolgenden Wahlergebnisses erfolgte nach der Pause.

Abstimmungsergebnis Drucksache 0327/20 (Tagesordnungspunkt 5.17)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	41
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Herrn Marek Erfurth:	19

Herr Erfurth wurde nicht zum dritten Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden gewählt.

Abstimmungsergebnis Drucksache 0329/20 (Tagesordnungspunkt 5.18)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	41
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Frau Corinna Herold:	18

Frau Corinna Herold wurde nicht zum Mitglied des Seniorenbeirates gewählt.

Im Anschluss beantragte Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, die Durchführung eines zweiten Wahlganges zu den Drucksachen 0327/20 und 0329/20.

Die Wahl fand als verbundene Wahl statt. Die Stadtratsmitglieder wurden einzeln durch den Staatsratsvorsitzenden zur Wahl aufgerufen. Nach Durchführung des zweiten Wahlganges wurde das folgende Abstimmungsergebnis durch den Stadtratsvorsitzenden bekannt gegeben:

Abstimmungsergebnis 2. Wahlgang Drucksache 0327/20 (Tagesordnungspunkt 5.17)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	42
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Herrn Marek Erfurth:	19

Herr Erfurth wurde auch im zweiten Wahlgang nicht zum dritten Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden gewählt.

Abstimmungsergebnis 2. Wahlgang Drucksache 0329/20 (Tagesordnungspunkt 5.18)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	42
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Frau Corinna Herold:	18

Frau Corinna Herold wurde auch im zweiten Wahlgang nicht zum Mitglied des Seniorenbeirates gewählt.

Im Anschluss informierte der Stadtratsvorsitzende über die rechtlichen Voraussetzungen zur Beantragung eines dritten Wahlganges. Diese Möglichkeit wurde durch die Vertreter der Fraktion AfD nicht in Anspruch genommen.

Im Anschluss wurde der Tagesordnungspunkt 5.21 aufgerufen.

abgelehnt

**5.18. Wahl der Stadträtin Corinna Herold zum Mitglied des Seniorenbeirates
Einr.: Fraktion AfD 0329/20**

Siehe TOP 5.17

abgelehnt

**5.19. Vorschlagsliste für die Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit
Einr.: Oberbürgermeister 0412/20**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der vorberatende Hauptausschuss in seiner Sitzung vom 10.03.2020 kein Votum zur Drucksache abgab.

Im Anschluss informierte er über den kurzfristig eingegangenen Berufungsvorschlag seitens der Fraktion SPD, die Frau Annemarie Pappenburg als ehrenamtliche Richterin für die Sozialgerichtsbarkeit für das Sozialgericht Gotha, vorschlugen. Anschließend verlas er die nachfolgende Vorschlagsliste zur Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit.

A. Vorschlagsliste für die Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit für das Sozialgericht Gotha

Amtsperiode: 2020 - 2024

	Name	Vorname
1.	Schlegelmilch	Dirk
2.	Schönemann	Luise
3.	Papenburg	Annemarie

* * *

B. Vorschlagsliste für die Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Sozialgerichtsbarkeit für das Thüringer Landessozialgericht

Amtsperiode: 2020- 2024

	Name	Vorname
1.	Ute	Karger

Gemäß Vereinbarung des Tagesordnungspunktes 2 erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache, unter Berücksichtigung des Vorschlages der Fraktion SPD, ohne weitere Wortmeldungen.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadt Erfurt benennt die in Anlage 1, Buchstabe A., aufgeführten Personen für die Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richter für das Sozialgericht Gotha.

02

Die Stadt Erfurt benennt die in Anlage 1, Buchstabe B., aufgeführte Person für die Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richter für das Thüringer Landessozialgericht.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

- 5.20. Verfahrensregeln zur Kinder- und Jugendbeteiligung in 0435/20**
Sachen Stadtentwicklung, Bauvorhaben und
Quartiersentwicklung
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass die Drucksache 0435/20 auf Antrag des Einreichers vertagt werden soll.

Herr Perdelwitz, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, beantragte zusätzlich die Verweisung der Drucksache in den Jugendhilfeausschuss.

Stellungnehmend ging der Stadtratsreferent auf die Zuständigkeiten des Jugendhilfeausschusses gemäß Geschäftsordnung ein. Diese sei bei der Vorlage nicht gegeben. Der Beschlussvorschlag unterliege der Zuständigkeit des Hauptausschusses.

Dies zur Kenntnis nehmend, bestätigte Herr Perdelwitz die Vertagung der Drucksache.

vertagt

**5.21. Bürgerbegehren Kowo
Einr.: Oberbürgermeister**

0493/20

Nach Verkündung der Wahlergebnisse der Tagesordnungspunkte 5.17 und 5.18 beantragte Frau Maurer, Fraktion DIE LINKE, eine Halbierung der nach Geschäftsordnung vorgesehenen Redezeit je Drucksache, für alle noch zu beratenden Drucksachen der Tagesordnung.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, sprach sich ausdrücklich gegen den Antrag auf Verkürzung der Redezeit aus.

Über den Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	22
Nein- - Stimmen	14
Enthaltungen	4

Der Antrag wurde bestätigt. Die zulässige Redezeit für alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte wurde halbiert.

Im Anschluss wurde durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse, die Drucksache 0493/20, wie unter Tagesordnungspunkt 2 vereinbart, vor dem Tagesordnungspunkt 5.1 aufgerufen und über die Vorberatungsergebnisse informiert.

Die Drucksache wurde in der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.03.2020 bestätigt (bestätigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Weiter informierte Herr Panse, dass nach § 3 Absatz 3 des Thüringer Gesetzes über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid die Vertreter des Bürgerbegehrens Anwesenheits- und Rederecht im Stadtrat, in denen das Bürgerbegehren beraten wird, haben.

Auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden beantragte ein Vertreter der Bürgerinitiative sein Rederecht. Dieser hat im Vorfeld der Sitzung sein Einverständnis zur Übertragung seines Redebeitrages im Internet gegeben.

Auf Grund des bestätigten Antrages zur Verkürzung der Redezeit wies Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, darauf hin, dass dieser auch für die Redezeit des Vertreters der Bürgerinitiative gelte.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, widersprach ausdrücklich und sprach sich für die regulär geltende Redezeit für den Redebeitrag des Vertreters der Bürgerinitiative aus.

Auf Grund der daraus folgenden Diskussion der Stadtratsmitglieder bat der Stadtratsvorsitzende die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden zur Klärung nach vorn.

Dem Ergebnis vorgehend informierte der anwesende Vertreter der Bürgerinitiative, dass sein Redebeitrag kurz gehalten werden könne. Daraufhin übergab ihm der Stadtratsvorsitzende das Wort.

Mit Verweis auf seinen Redebeitrag zum Bürgerbegehren "KOWO" in der Stadtratssitzung im Dezember 2019 ging der Vertreter der Bürgerinitiative insbesondere auf die darin enthaltenen Fragestellungen ein. Diese wurden teilweise, jedoch nicht vollumfänglich durch die Mitglieder des Stadtrates beantwortet. Der Vertreter der Bürgerinitiative bat um schriftliche Beantwortung der in der Stadtratssitzung vom 18.12.2019 gestellten Fragen durch den Staatsratsvorsitzenden bis zum 30.06.2020. Folgende Themenschwerpunkte wurden durch ihn zusammengefasst:

- Nennung konkreter Maßnahme zur verstärkten Schaffung von sozialem Wohnraum
- Tatsächliche Verwendung der Erlöse aus dem städtischen Grundstücksverkauf an die KOWO. Die in der Sitzung vom 18.12.2019 genannte Begründung kann seitens der Fragesteller, mit Blick auf durch das Land gewährte Zuschüsse, nicht nachvollzogen werden.
- Aufnahme des Anhörungsrechts von Mieterbeiräten beim Vorstand der KOWO, Entsendung eines Mitglieds des Mieterbeirates in den Aufsichtsrat der KOWO. In diesem Zusammenhang bedankte sich der Vertreter der Bürgerinitiative bei den einreichenden Fraktionen eines entsprechenden Antrages der diese Bitte aufnimmt.¹⁰
- Der Vertreter der Bürgerinitiative betonte, dass eine Ablehnung dieses Antrages seinem Demokratieverständnis widerspreche und warb um Zustimmung dieses Antrages.

Bezugnehmend zur Bitte der schriftlichen Beantwortung der am 18.12.2019 gestellten Fragen durch den Stadtratsvorsitzenden, nahm dieser direkt Stellung. Eine Beantwortung durch ihn persönlich sei in diesem Fall nicht möglich. An die Fraktionen des Stadtrates gerichtet schlug der Stadtratsvorsitzende dem Vertreter der Bürgerinitiative vor, die Fragen schriftlich bei den Fraktionen einzureichen.

¹⁰ vgl. DS 0086/20 - Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH

Zum Redebeitrag des Vertreters der Bürgerinitiative nahmen die Stadtratsmitglieder Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Warnecke, Vorsitzender Fraktion SPD, direkt Stellung.

Zusammenfassend wurden dabei die Aussagen zum Demokratieverständnis des Redners aufgegriffen und kritisch hinterfragt. Weiter wurde der Vertreter der Bürgerinitiative über die Verweisung der oben thematisierten Drucksache in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung sowie die bereits bestehenden Möglichkeiten zum Austausch der Mieterbeiräte mit der Geschäftsführung informiert.

Abschließend erfolgte die Abstimmung der Drucksache 0493/20.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt 5.1 aufgerufen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Erledigung des Bürgerbegehrens "Die Kowo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt bleibt in ihrer jetzigen Unternehmensform bestehen und wird weder ganz noch in Teilen bzw. Anteilen an die Stadtwerke Erfurt GmbH oder ein anderes Unternehmen verkauft. Sie bleibt zu 100% ein städtisches Tochterunternehmen der Landeshauptstadt Erfurt" wird festgestellt.

5.22. Änderung der Stellvertretungsregelung in den Ausschüssen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0502/20

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass der vorberatende Hauptausschuss die Drucksache in der Sitzung vom 10.03.2020 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß Vereinbarung des Tagesordnungspunktes 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne weitere Wortmeldungen.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage 1 befindlichen Änderungen der Stellvertretungsregelung in den Ausschüssen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

5.23. Selbstverpflichtung zum Baumschutz
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0506/20

Die Drucksache wurde im Vorfeld zur Sitzung durch den Einreicher in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

6. Informationen

6.1. Zeitplan zur Erstellung eines Berichts zur "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Jugendhilfeausschuss 0481/20

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

6.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführerin